

<http://www.derwesten.de/staedte/arnsberg/skf-hochsauerland-muss-bei-betreuungen-geld-zuschiessen-aimp-id10186626.html>

SkF Hochsauerland muss bei Betreuungen Geld zuschießen

30.12.2014 | 00:10 Uhr

Die Betreuungsvereine der verbandlichen Caritas schlagen Alarm: „Wir arbeiten in der rechtlichen Betreuung seit dem Jahr 2007 schon nicht mehr kostendeckend“, sagt Bernhard Padberg, Geschäftsführer des Betreuungsvereins des Sozialdienstes Katholischer Frauen Hochsauerland. Der SkF-Betreuungsverein HSK ist zuständig für die rechtliche Betreuung von volljährigen Personen, die aufgrund von Krankheiten oder Behinderungen ihre Angelegenheiten nicht alleine regeln können.

Das Problem: Seit neun Jahren ist pauschale Vergütung für rechtliche Betreuungen gleich geblieben, die Kosten aber sind gestiegen. Defizite werden durch Spenden und aus eigenen Mitteln ausgeglichen. „Es sind zehntausende Euro, die wir jährlich dazu tun müssen“, sagt Bernhard Padberg, „das ist dann Geld, das dem SkF Hochsauerland an anderen Stellen fehlt.“

Der SkF Hochsauerland erhält für eine Betreuung eine pauschale Stundenvergütung von 44 Euro - der jährliche Stundenansatz ist allerdings gedeckelt. Der Betreuungsverein muss damit aber nicht nur die Unkosten, der über 300 ehrenamtlichen Betreuer decken, sondern deren Organisation, Betreuung und vor allem auch Ausbildung bezahlen.

Elf hauptamtliche Kräfte kümmern sich im SkF-Betreuungsverein Hochsauerland darum. Zu leisten sind über 300 Betreuungen. Im gesamten HSK betreuen die katholischen Betreuungsvereine 1072 Menschen.

Die Anforderungen an Betreuungen werden unterdessen immer größer. Früher bestellten Gerichte Betreuer vor allem aufgrund von Alter und Behinderung der zu betreuenden Menschen. Heute sind es mehr und mehr jüngere Klienten, die aufgrund von psychischen Problemen, Drogen, Alkohol und allgemeiner Lebensuntüchtigkeit eine rechtliche Betreuung benötigen - oft auch im direkten Anschluss an die Jugendhilfe. „Diese aufwendigen Betreuungsfälle landen in der Regel nicht bei professionellen Betreuern, sondern bei den Betreuungsvereinen“, sagt Bernhard Padberg. Mit der pauschalen Vergütung sei das nicht mehr zu leisten.

Padberg fordert ein „differenziertes Finanzierungssystem“, das den zu leistenden Aufwand der Fälle mehr berücksichtigt. Kürzlich lud er heimische Landtags- und Bundestagsabgeordnete ein und erläuterte seine Sorgen.

Martin Haselhorst